

Europapolitik als Konfliktthema Der Schlüssel liegt bei den Mainstream-Parteien

Daniela Braun und Edgar Grande

Summary: New radical Euroskeptic challengers have intensified the political conflict over Europe by increasing polarization. However, this conflict only gained greater visibility when mainstream parties also became involved in this contestation. Mainstream parties therefore occupy a key strategic position in the politicization of European issues in public debates.

Kurz gefasst: Neue radikale europaskeptische Herausforderer haben den politischen Konflikt um Europa durch eine zunehmende Polarisierung intensiviert. Dieser Konflikt erhielt aber erst dann eine größere Sichtbarkeit, als die Mainstream-Parteien sich ebenfalls an dieser Auseinandersetzung beteiligten. Die Mainstream-Parteien nehmen daher eine strategische Schlüsselposition bei der Politisierung europäischer Themen in öffentlichen Debatten ein.

Die Europäische Union und ihre Politik sind seit Jahren Gegenstand intensiver politischer Auseinandersetzungen in den Mitgliedsstaaten. Nach der Vertiefung der wirtschaftlichen Integration mit der Vollendung des Binnenmarkts und der Einführung einer gemeinsamen Währung verstärkten sich in den 2000er-Jahren die öffentlichen Kontroversen über grundsätzliche Fragen zur Erweiterung und Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses. Der Aufstieg europaskeptischer Parteien, die Ablehnung des Verfassungsvertrags in nationalen Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005, die öffentlichen Proteste gegen die von der EU in der Eurokrise auferlegten Sparmaßnahmen vor allem in südeuropäischen Ländern und nicht zuletzt der Ausgang des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich im Jahr 2016 sind Beispiele für die zunehmende negative Politisierung europäischer Politik und die daraus folgende Schwächung des europäischen Integrationsprozesses.

Die Politisierung des Europathemas wurde bislang vor allem auf der nationalen Ebene untersucht: in nationalen öffentlichen und parlamentarischen Debatten, nationalen Wahlkämpfen und nationalen Referenden. Die europäische Ebene wurde weitgehend vernachlässigt. Das lag auch daran, dass Europawahlen in der Europawahlforschung als Nebenwahlen (second order national elections) gelten, die sowohl für die Parteien als auch für die Wähler von geringerer Bedeutung sind.

Europawahlen bieten jedoch eine besonders günstige politische und institutionelle Gelegenheitsstruktur für neue radikale, populistische und europaskeptische Parteien. Nebenwahlen folgen einer eigenen politischen Logik, die extreme Parteien begünstigt. Da in solchen Wahlen weniger auf dem Spiel steht, sind für die Wähler:innen die Anreize, strategisch zu wählen, geringer und die Versuchung, die jeweilige Regierung abzustrafen, größer. Deshalb verlieren in Nebenwahlen in der Regel die großen Parteien, insbesondere die Regierungsparteien, während extreme Parteien überdurchschnittlich gut abschneiden. Hinzu kommt, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament aufgrund des in allen Ländern geltenden Verhältniswahlrechts neue, kleinere Parteien begünstigen. Dies ist von besonderer Bedeutung in den Ländern, in denen in nationalen Wahlen das Mehrheitswahlrecht gilt, wie in Frankreich und in Großbritannien. Hiervon profitierten radikale europaskeptische Parteien wie die Front National (FN) und die UK Independence Party (UKIP), die in den nationalen Parlamenten nicht oder nur schwach vertreten waren. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein genauere Blick auch auf die europäische Ebene, da zu erwarten ist, dass die Politisierung von Europathemen dort besonders groß ist.

Um dies zu überprüfen, untersuchen wir die Politisierung europäischer Themen in Wahlen zum Europäischen Parlament auf der Grundlage von selbst erhobenen Mediendaten zu öffentlichen Wahlkampfdebatten. Die Untersuchung erstreckt sich auf vier EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Frankreich, Österreich und das Vereinigte Königreich) und deckt den gesamten Zeitraum seit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags im Jahr 1992 ab. Unsere Forschung ist Teil eines größeren Forschungsprojekts zur politischen Konfliktstrukturierung in Europawahlen, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 2016 bis 2020 gefördert wurde.

Was verstehen wir unter Politisierung? Politisierung ist mehr als nur Polarisierung, sondern bezeichnet ganz allgemein die Ausweitung der Reichweite des Konflikts zwischen politischen Akteuren. Politisierung in diesem Sinne ist ein vielschichtiger Prozess mit drei Konfliktdimensionen: a) der Sichtbarkeit (oder: Salienz) eines Konfliktthemas, b) der Anzahl und Art der an einem Konflikt beteiligten Akteure und c) dem Grad der Polarisierung zwischen diesen Akteuren. Wie wir im Folgenden zeigen werden, folgt die Intensivierung des Konflikts in jeder dieser Dimensionen einer eigenen Logik, und dabei spielen europaskeptische extreme Parteien und proeuropäische Mainstream-Parteien eine ganz unterschiedliche Rolle.

Wie stark sind Europathemen in Europawahlen politisiert? Vier Ergebnisse unserer Untersuchung lassen sich festhalten. Erstens zeigt die vergleichende Analyse von Europawahlkämpfen insgesamt ein erhebliches Konfliktniveau von europäischen Themen. Auch wenn diese Wahlen nationale Nebenwahlen sind, konnte die Logik von „second order national elections“ europäische Themen in Europawahlkämpfen nicht verdrängen. Unsere Daten lassen zweitens bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Ländern erkennen. Während Österreich und Deutschland durch einen moderaten Politisierungsgrad gekennzeichnet sind, war der politische Konflikt über die europäische Integration bei den Europawahlen in Frankreich und Großbritannien wesentlich intensiver. Der Vergleich mit nationalen Wahlen zeigt drittens, dass die Entwicklung der Politisierung bei Europawahlen den Trends in nationalen Wahlen folgt. Obwohl der politische Konflikt über europäische Themen bei Europawahlen in den meisten Ländern sichtbarer und intensiver ist, scheint er auf beiden Ebenen von denselben Faktoren angetrieben zu werden. Überraschend ist schließlich die Entwicklung der Politisierung über die Zeit. Während sie in den drei Wahlen nach dem Maastrichter Vertrag recht hoch ist, schwächt sie sich in den beiden folgenden Wahlen in den Jahren 2009 und 2014 ab. Trotz der Eurokrise, des Aufstiegs radikaler rechtspopulistischer und europaskeptischer Parteien und der Einführung des Spitzenkandidaten-Prinzips war das Gesamtniveau der Politisierung von Europathemen bei der Wahl 2014 nicht höher, sondern niedriger als zuvor. Erst im Jahr 2019 beobachten wir wieder einen deutlichen Anstieg der Politisierung mit einem außerordentlich hohen Politisierungsgrad – allerdings nur in zwei Ländern: Frankreich und Großbritannien.

Welche Faktoren sind für diese Politisierung verantwortlich? Zu Recht dürfen europaskeptische Parteien als die wichtigsten Treiber der Politisierung europapolitischer Themen in Wahlen gelten. Radikale rechtspopulistische Parteien wie die Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland, aber auch europaskeptische Parteien wie UKIP in Großbritannien traten als politische Herausforderer auf, die extreme Positionen zu europäischen Themen einnahmen, um sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den etablierten Mainstream-Parteien zu verschaffen. Sie äußerten nicht nur Kritik zu einzelnen Sachthemen wie der Eurorettungspolitik; sie stellten die europäischen Institutionen und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union grundsätzlich in Frage. So verstärkten sie die politische Polarisierung insbesondere zu Europathemen.

Es würde aber zu kurz greifen, die Ursache für die Politisierung neuer Konfliktthemen ausschließlich bei den radikalen Herausforderern zu suchen. Unsere Daten zeigen vielmehr, dass der Aufstieg europaskeptischer politischer Parteien einen paradoxen Effekt auf den politischen Konflikt über europäische Themen haben kann. Während die Stimmanteile der europaskeptischen Parteien seit den frühen 2000er-Jahren in den von uns untersuchten Ländern deutlich zugenommen haben, nahm der Politisierungsgrad europäischer Themen in einigen Europawahlen ab. Die große Ausnahme sind die beiden Europawahlen 2019 in Frankreich und Großbritannien.

Wie kann man das erklären? Unsere Analyse legt nahe, dass dies auf das Wettbewerbsverhalten der Mainstream-Parteien, der moderaten Linken und der moderaten Rechten, zurückzuführen ist. Sie reagierten auf die neuen radikalen Herausforderer und deren Versuche, Europathemen in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken, indem sie diese Themen in den Europawahl-



Daniela Braun ist Postdoc am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Forschungsinteressen umfassen politische Soziologie, Studien zur Europäischen Union, vergleichende Politikwissenschaft und Gender Studies. *[Foto: GSI]*

Daniela.Braun@gsi.uni-muenchen.de



Edgar Grande ist Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Seine Forschungsthemen umfassen vor allem die Zivilgesellschaft, politische Konflikte und soziale Bewegungen. *[Foto: David Ausserhofer]*

edgar.grande@wzb.eu

kämpfen nach 2004 zu vermeiden suchten. Die britischen Europawahlen in den Jahren 2009 und 2014 sind in dieser Hinsicht die auffälligsten Beispiele. Bei diesen Wahlen war die Politisierung der Europathemen schwächer, was vor allem an der geringeren Themensalienz, also Sichtbarkeit, aufseiten der beiden Mainstream-Parteien (der Labour Party und der Conservative Party) lag. Der für diese Parteien gemessene Anteil der Europathemen ging von 37 Prozent im Wahlkampf 1999 auf nur noch 10 Prozent in den Jahren 2009 und 2014 zurück. Die Daten zu den deutschen Europawahlkämpfen bestätigen diesen Befund. Dort finden wir die geringste Politisierung von Europathemen über den gesamten Zeitraum hinweg, was einhergeht mit sehr niedrigen Salienzwerten für die beiden Mainstream-Parteien (CDU/CSU und SPD).

Diese Interpretation wird durch unsere Analyse der Europawahl 2019 bestätigt. Bei dieser Wahl beobachteten wir außergewöhnlich hohe Politisierungsgrade in Frankreich und in Großbritannien. Das ist aber nicht allein der Erfolg der europaskeptischen Parteien, der Rassemblement National und der Brexit Party, die bei dieser Wahl im jeweiligen Land zur stärksten Partei wurden. Wie unsere Daten zeigten, lag es auch daran, dass die Mainstream-Parteien bei dieser Wahl europäische Themen nicht vermieden haben. In Frankreich lag die Salienz der Europathemen für diese Parteien (einschließlich Macrons La République en Marche) bei über 60 Prozent; in Großbritannien lag sie bei etwa 45 Prozent. Kurz gesagt: Bei dieser Wahl ging es auch für die Mainstream-Parteien vor allem um Europa. In Großbritannien, weil die Europawahl 2019 zu einem zweiten Votum über den Brexit gemacht wurde; in Frankreich, weil das Europathema eine Schlüsselrolle in der politischen Reformagenda Macrons spielte.

Unsere Ergebnisse bestätigen insgesamt, dass neue radikale Herausforderer den politischen Konflikt um Europa durch eine zunehmende Polarisierung verstärkt haben. Allerdings waren diese Parteien alleine zu schwach, um die Salienz europäischer Themen in den öffentlichen Wahlkampfdebatten wesentlich zu erhöhen. Daher nehmen die Mainstream-Parteien eine strategische Schlüsselposition bei der Politisierung europäischer Themen ein. Sie können entscheidend dazu beitragen, die Sichtbarkeit des politischen Konflikts um das europäische Projekt zu vergrößern. Die Zukunft Europas wird auch davon abhängen, ob es den Mainstream-Parteien gelingt, ihr Einflusspotenzial im Sinne der europäischen Integration zu nutzen.

Literatur

Braun, Daniela/Grande, Edgar: „Politicizing Europe in Elections to the European Parliament (1994–2019): The Crucial Role of Mainstream Parties“. In: Journal of Common Market Studies, 2021, S. 1–18. DOI: 10.1111/jcms.13168.

Hutter, Swen/Grande, Edgar/Kriesi, Hanspeter (Hg.): Politicising Europe: Integration and Mass Politics. Cambridge: Cambridge University Press 2016.

WZB-Mitteilungen online Geografie der Eliten

Nicht selten sind Personen Mitglieder verschiedener Aufsichtsräte und nehmen so Einfluss auf die strategische Ausrichtung mehrerer Unternehmen. Das Netz dieser Kreuzverflechtungen innerhalb und zwischen Wirtschaftszweigen in Deutschland hat Robert Scholz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit, Produktion, untersucht und in eine interaktive Karte umgesetzt. Seine Studie zeigt, dass der Austausch von Informationen und Strategien und die Konzentration von Macht und Einfluss ungleich verteilt sind. Die Ergebnisse finden Sie hier: wzb.eu/magazin-polarisierung